

Aufgabe 2 - Gruppe 00

265.026 UE Daten- und Informatikrecht 2023 WS

Author One (12345671)

Author Three (12345673)

Autor Two (12345672)

Author Four (12345674)

07. Dezember 2023

Antworten

Was ist der VwGH?

Der Verwaltungsgerichtshof, kurz VwGH, ist die oberste Instanz in Verwaltungsangelegenheiten. Er stellt das gesetzmäßige Handeln der Verwaltungsbehörden (z.B. Bezirkshauptmannschaft, Finanzamt, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl) sicher[1].

Wie ist der VwGH organisiert?

Derzeit wird der Verwaltungsgerichtshof von Dr. Rudolf Thienel in der Position des Präsidenten geleitet. Dabei wird er von der Vizepräsidentin und entweder einer Präsidialvorständin oder einem Präsidialvorstand, die/der vom Präsidenten bestellt wird, unterstützt. In seinem Evidenzbüro beschäftigt der VwGH ungefähr 40 junge Juristinnen und Juristen, die den Richterinnen und Richtern bei dem Ausarbeiten von Entscheidungen helfen. Zusätzlich sind rund 130 nicht-richterliche Bedienstete in anderen Bereichen (z.B. Human Resources, Informationstechnologien und Finanzen) tätig[2].

Wie sind Gerichte in Österreich organisiert?

Grundsätzlich gibt es in Österreich im Bereich der Judikative drei Höchstgerichte, die in ihrer jeweiligen Sparte für die Rechtsprechung zuständig sind und als letzte Entscheidungsinstanz fungieren. Man unterscheidet in der Regel zwischen Gerichten des öffentlichen Rechts (z.B. der Verfassungsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof)[3] und den ordentlichen Gerichten, wo der Oberste Gerichtshof über den vier Oberlandesgerichten, 20 Landesgerichten und 116 Bezirksgerichten steht[4].

Welche Fälle werden vom VfGH, VwGH und OGH entschieden?

Der Aufgabenbereich des Verfassungsgerichtshofes umfasst die Überprüfung der Verfassungsgemäßigkeit von Bundes-/Landesgesetzen und verwaltungsbehördlichen Verordnungen/Bescheiden. Der Verwaltungsgerichtshof ist für alle anderen Fälle, die Verwaltungsbehörden involvieren, verantwortlich[3]. Zivil- und Strafangelegenheiten werden von dem Obersten Gerichtshof behandelt[4].

Schilderung der aktuellen Rechtslage

Laut Betreff des Rechtsakts Ra 2022/03/0097[5] handelt es sich hierbei um einen Beschluss zu einer vorliegenden Revision des Bürgermeisters von Wiener Neustadt gegen die Erkenntnisse des Landesverwaltungsgerichts Niederösterreich.

Die Ausgangssituation war eine verhängte Geldstrafe, aufgrund von ihrem Verstoß gegen die COVID-19-Maßnahmen, gegen die mitbeteiligten Parteien (Abs. 1), welche diese nicht gezahlt haben (Abs. 2). Auf die dementsprechend gesendete Mahnung der Behörde haben sie Einspruch erhoben (Abs. 2), aber dieser wurde von der Behörde, aufgrund des verspäteten Einlangens, zurückgewiesen (Abs. 3).

Die mitbeteiligten Parteien fochten in weitere Folge diesen Akt vor dem Landesverwaltungsgericht Niederösterreich an, welches ihnen Recht sprach und die Bescheide aufgehoben hat (Abs. 5), da die E-Mails bei der Behörde angekommen sind (Abs. 6, Abs. 7). Diese wiederum behauptet, dass die E-Mails im Spam-Ordner gelandet seien, somit nicht in ihrem Verwaltungsbereich gewesen sind, und spätere E-Mails langten außerhalb der Frist und somit verspätet ein (Abs. 4).

Der Bürgermeister von Wiener Neustadt und sein Magistrat haben daraufhin eine Revision beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht (Abs. 9). Auf dies haben die mitbeteiligten Parteien unaufgefordert eine Revisionsbeantwortung erstattet und dafür Aufwandsersatz beantragt (Abs. 10).

Die Empfangstheorie

Die Empfangstheorie, oder im weiteren Sinne die Zugangstheorie, ist ein Grundsatz, der besagt, dass eine Erklärung mit dem Zugang beim Empfänger wirksam wird. [6]

Hierbei kann unter normalen Umständen erwartet werden, dass die Erklärung beim Empfänger eingebracht wurde und bei eventuell aufkommende Störungen nur im Bereich des Adressaten möglich sind. (OGH 10b675/80)

Abbildung 1 soll dies näher veranschaulichen.

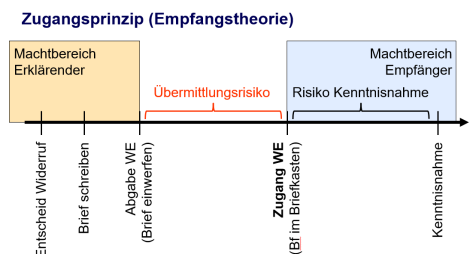


Abbildung 1: Empfangstheorie [7]

Wie wurde der Fall entschieden und die Entscheidung argumentiert?

Laut Spruch des Rechtsakts Ra 2022/03/0097[5] wurde die Revision zurückgewiesen und den mitbeteiligten Parteien kein Aufwandsersatz zuerkannt.

Gegen ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes ist eine Revision nur zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. (Abs. 11). Wenn das Verwaltungsgericht im Erkenntnis die Revision für nicht zulässig erachtet, muss die Revision die Gründe anführen, warum die Revision doch für zulässig erachtet wird (Abs. 12). Diese Anführung fehlt jedoch (Abs. 13) und auch sonst findet sich nichts aus dem hervorgeht, dass die Revision von der Lösung einer Rechtsfrage abhinge, der grundsätzliche Bedeutung zukäme (Abs. 15), wodurch die Revision mit einem der Verbesserung nicht zugänglichen Mangel behaftet und somit unzulässig ist (Abs. 14).

Das Aberkennen des Aufwandsersatzes wurde damit begründet, dass der Verwaltungsgerichtshof die Parteien zur Einbringung einer Revisionsbeantwortung aufzufordern hat, eine solche Aufforderung seitens des Verwaltungsgerichtshofes jedoch nicht ergangen ist (Abs. 24).

Konsequenzen der Entscheidung

In diesem Fall hat das Gericht klargestellt, dass das Einlangen von E-Mails im Spam Ordner als Eingang im "elektronischen Verfügungsbereich" der Behörde betrachtet wird. Somit sind die Einsprüche zulässig und müssen in Hinsicht auf die Validität ihres Arguments betrachtet werden. Eine mögliche Konsequenz für zukünftige, ähnliche Fälle ist, dass dieser spezielle Fall als Präzedenzfall dienen könne.

Literatur

- [1] VwGH. *Gerichtshof: Überblick*. 29. Nov. 2023. URL: <https://www.vwgh.gv.at/gerichtshof/index.html>.
- [2] VwGH. *Organisation*. 29. Nov. 2023. URL: <https://www.vwgh.gv.at/gerichtshof/organisation/index.html>.
- [3] Die Österreichische Justiz. *Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts*. 29. Nov. 2023. URL: <https://www.justiz.gv.at/justiz/justizbehoerden/gerichte/gerichtshoeefe-des-oeffentlichen-rechts.8ab4a8a422985de30122a926c4316332.de.html>.
- [4] oesterreich.gv.at. *Allgemeines zur Gerichtsorganisation*. 29. Nov. 2023. URL: https://www.oesterreich.gv.at/themen/dokumente_und_recht/gerichtsorganisation_der_justiz/Seite.2310012.html#:~:text=Die%20Gerichtsbareit%20gilt%20neben%20der,sowie%20der%20oberste%20Gerichtshof%20%E2%80%93%20ausge%C3%BCbt..
- [5] VwGH. *Ra 2022/03/0097*. 20. Juni 2023. URL: https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_2022030097_20230620L00 (besucht am 29.11.2023).
- [6] RA Dr. Markus Grötschl. *Zugangstheorie*. URL: <https://www.rechteasy.at/wiki/zugangstheorie/> (besucht am 28.11.2023).
- [7] PD Dr. iur. Michael Hochstrasser. *Fall 2 - Spendieren mit (juristischen) Tücken*. URL: <https://slideplayer.org/slide/10219076/> (besucht am 28.11.2023).